

**Landesprogramm
der Österreichischen Ostzusammenarbeit
Bosnien und Herzegowina
2005 bis 2007**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	4
I. Hintergrund	5
II. Bisherige österreichische Kooperation	7
III. Herausforderungen	8
IV. Ziele	10
IV.1. Programmziel	10
IV.2. Strategie.....	10
V. Programm der OEZA 2005 bis 2007	11
V.1. Geografischer Schwerpunkt	11
V.2. Thematische Schwerpunkte	11
V.2.1. Modernisierung des Bildungswesens	11
V.2.2. Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung	13
V.2.3. Querschnittsthema: Stärkung der gemeinsamen Identität und des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina	15
V.3. Weitere Programme.....	16
VI. Umsetzung	17

Vorwort

Österreich ist aufgrund der geographischen Nähe, der historischen Verbundenheit und der gemeinsamen außenpolitischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen in hohem Maße geeignet aber auch verpflichtet, die Länder Südosteuropas bei deren Bemühungen um gesellschaftliche Modernisierung und nachhaltige, sozial ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Für Bosnien und Herzegowina gilt dies in ganz besonderem Maße. Österreich und Bosnien und Herzegowina verfügen nicht nur über eine gemeinsame Geschichte, sondern auch über ein vielfältiges Geflecht intensiver Beziehungen, sei es auf persönlicher Ebene aufgrund der vielen zehntausend ehemaligen Bürgerinnen und Bürger Bosniens und Herzegowinas, die in Österreich eine neue Heimat gefunden haben, sei es auf wirtschaftlicher Ebene aufgrund der zahlreichen Kooperationen österreichischer Unternehmen, die Österreich heute zu einem der größten Investoren in Bosnien und Herzegowina machen.

Wie in den anderen Ländern der Region ist auch in Bosnien und Herzegowina die rasche vollständige europäische Integration des Landes die erklärte Zielsetzung von Regierung und Bevölkerung. Österreich unterstützt dieses Ziel aus voller Überzeugung. Mit dem vorliegenden Landesprogramm der Österreichischen Ostzusammenarbeit für Bosnien und Herzegowina 2005-2007, das dieser Zielsetzung verpflichtet ist, möchte Österreich einen konkreten Beitrag dazu leisten.

Botschafter Dr. Georg Lennkh
Bundesministerium für
Auswärtige Angelegenheiten

GF Dr. Michael Linhart
Austrian Development Agency

September 2004

Zusammenfassung

Die Situation in Bosnien und Herzegowina neun Jahre nach Beendigung des Krieges ist weiterhin schwierig. Das Land leidet an den strukturellen Defiziten des Daytoner Friedensabkommens und insbesondere an den schwachen gesamtstaatlichen Strukturen. Die Fragmentierung des Staates führt zu Überbürokratisierung, Ineffizienz und Reformstau. Während die makroökonomische Situation stabil ist, steht der wirtschaftliche Transformationsprozess in vielen Bereichen erst am Beginn. Die Wirtschaftskraft hat erst 50% des Vorkriegsniveaus erreicht.

Österreich unterstützt Bosnien und Herzegowina seit 1992 in den Bereichen Humanitäre Hilfe, Wiederaufbau, technische Kooperation und Umsetzung des Dayton Friedensabkommens im militärischen und politischen Bereich. Die österreichische Wirtschaft ist eine der größten privaten Investoren in Bosnien und Herzegowina.

Kernanliegen der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten war stets der Wiederaufbau der multiethnischen Gesellschaft Bosnien und Herzegowinas. Inhaltliche Schwerpunkte waren neben der Flüchtlingsrückkehr die Bereiche Wasser, Höhere Bildung und KMU-Förderung.

Ziel der OEZA im Programmzeitraum 2005-2007 ist die individuelle und gesellschaftliche Entfaltung der Menschen in Bosnien und Herzegowina durch die Schaffung eines funktionierenden Gemeinwesens und die Förderung wirtschaftlicher Prosperität in einem starken Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina. Hauptzielgruppen sind die mobilisierende Kräfte in BiH, insbesondere die junge Generation und der private Sektor, da diese aus Sicht der OEZA den größtmöglichen Beitrag zur Integration des Staates Bosnien und Herzegowina und zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung leisten können. Das Potential der österreichischer Investoren in Bosnien und Herzegowina sowie der in Österreich lebenden bosnisch-herzegowinischen Diaspora soll zur Umsetzung des Programmziels bestmöglich genutzt werden. Konzentration, Kooperation und Koordination sind weitere wichtige Eckpfeiler der OEZA-Programmatik.

Geographischer Schwerpunkt der OEZA ist Zentral- und Nordbosnien. Thematische Schwerpunkte sind die Modernisierung des Bildungswesens – hier konzentriert sich die OEZA auf die Bereiche höhere Bildung und Berufsbildung – und die Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung: hier steht die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investoren sowie die Stärkung des KMU-Sektors im Vordergrund. Da die OEZA die Stärkung der gemeinsamen Identität und des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina als zentral für die weitere Entwicklung des Landes – und der Region – ansieht, wird das gesamte OEZA-Programm an dieser Zielsetzung ausgerichtet. Weiters finanziert die OEZA ein Minenaktionsprogramm und regionale Kooperationen, vor allem im Rahmen des Stabilitätspakts, die die Vernetzung Bosnien und Herzegowinas mit den anderen Ländern der Region fördern.

I. Hintergrund

Zahlen und Fakten

Bevölkerung: 4 Mio
Fläche: 51.000 km²
Hauptstadt: Sarajewo
Amtssprachen: Bosnisch, Serbisch, Kroatisch
Religionen: Muslime, Serbisch-Orthodoxe, Katholiken

Geschichte

Das Gebiet des heutigen Bosnien und Herzegowina, seit Beginn des 7. Jhdts. durch Slawen besiedelt, geriet Ende des 15. Jahrhunderts unter türkische Herrschaft. 1878 übernahmen die Habsburger die Verwaltung des Landes, um es 1908 formell zu annektieren. 1918 wurde Bosnien und Herzegowina Teil des neuen Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen, aus dem 1929 das Königreich Jugoslawien wurde. Ab 1946 war Bosnien und Herzegowina eine von sechs Teilrepubliken Jugoslawiens. Zehn Jahre nach dem Tod Titos (1980) begann Jugoslawien zu zerfallen. In Bosnien und Herzegowina sprachen sich die muslimisch-kroatische Bevölkerung in einem von den Serben boykottierten Referendum im März 1992 für die Unabhängigkeit aus. Der internationalen Anerkennung im April 1992 folgte ein blutiger Krieg, der bis Oktober 1995 dauerte und erst durch militärischen NATO-Einsatz beendet wurde. Die Folgen: ca. 278.000 Tote und Vermisste, 1,325 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene. Unter internationaler Federführung entstand Ende 1995 durch das Daytoner Friedensabkommen ein politisch unabhängiger Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina.

Derzeitige Staat- und Regierungsform

Bosnien und Herzegowina/*Bosna i Hercegovina* (BiH) ist eine Republik und eine parlamentarische Demokratie. Die besonders fragmentierten staatlichen Strukturen sehen neben dem Gesamtstaat, der über wenig Kompetenzen verfügt, zwei Entitäten - die bosnisch-kroatische Föderation Bosnien und Herzegowina sowie die Serbische Republik (Republika Srpska) - und den Distrikt Brcko vor. Die Föderation zerfällt in 10 Kantone, die wesentliche staatliche Funktionen, wie Bildung sowie öffentliche und soziale Sicherheit ausüben. An der Spitze des Staates steht eine dreiköpfige, zwischen den Vertretern der drei ethnischen Volksgruppen rotierende Präsidentschaft sowie eine aus 9 Ministern, 19 Stellvertretenden und einem Premierminister bestehende Regierung.

Der Hohe Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft und Sondervertreter der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina und sein Büro (OHR) verfügen über umfassende exekutive und legislative Vollmachten, die bis zur Oktroyierung von Gesetzen und Entlassung von Amtsinhabern einschließlich gewählter Politiker reichen („Bonner Befugnisse“). De facto gleicht die Situation in Bosnien und Herzegowina daher derzeit noch immer in vielerlei Hinsicht einem internationalen Protektorat.

Aktuelle Wirtschaftsdaten (2003)

BIP pro Kopf:	1.580 Euro	FDI zu BIP:	4,9%
Wirtschaftswachstum:	3,3%	FDI in Zahlen:	259 Mio. Euro (geschätzt)
Arbeitslosigkeit (offiziell):	ca. 40%		
Inflationsrate:	0,6%	Durchschnittseinkommen:	Föderation: KM 525 (ca. 270 Euro), Republika Srpska: KM 373 (ca. 190 Euro)
Jährl. Budgetdefizit:	3,4%		
Außenhandelsbilanz:	-36,6%		

Wirtschaftliche Beziehungen zu Österreich

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bosnien und Herzegowina und Österreich sind intensiv: Im Jahr 2003 exportierte Österreich nach Bosnien und Herzegowina Waren (Lebensmittel, Maschinen) im Wert

von 211 MEUR, die Importe betragen lediglich 42,3 MEUR.

Österreichische Unternehmen haben besondere Chancen im Energie- und Umweltsektor sowie als Zulieferer für die Bauwirtschaft. Für Investitionen ist die Bauwirtschaft und Lebensmittelindustrie interessant. Österreich zählte in den letzten Jahren regelmäßig zu den wichtigsten Investoren in Bosnien und Herzegowina, bis Ende 2002 investierten österreichische Unternehmen insgesamt 450 MEUR. Das massive Engagement österreichischer Banken in BiH hat entscheidend dazu beigetragen, dass das Land den modernsten Bankensektor in Südosteuropa aufweist.

EU-Integrationsprozess

Der volle EU-Beitritt ist erklärtes Ziel aller Regierungen und der Bevölkerung Bosniens und Herzegowinas. Im Jahr 2000 wurde von der EU der *Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP)* ins Leben gerufen und den Ländern des Westbalkan der Status von „potentiellen Kandidaten“ mit einer „klaren Beitrittsperspektive“ zuerkannt. Der SAP zielt auf eine schrittweise Umsetzung des Rechtsnormenbestands der EU („Acquis communautaire“), die Abschaffung von Handelsbarrieren sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Westbalkan ab. Instrumente des SAP sind der Abschluss eines *Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA)*, das Außenhilfeprogramm CARDS – derzeit etwa 60 MEURO pro Jahr für BiH – asymmetrische Handelspräferenzen und politischer Dialog.

Im November 2003 billigte die EU eine Machbarkeitsstudie zur Aufnahme von Verhandlungen über ein SAA mit Bosnien und Herzegowina. Identifiziert wurden 16 Bereiche, in denen nachweislicher Fortschritt zu erzielen wäre, ehe die Kommission dem Rat die Aufnahme von SAA-Verhandlungen empfiehlt. Obwohl keine konkrete Frist dazu gesetzt wurde, streben die bosnisch-herzegowinischen Behörden eine Erfüllung dieser Konditionalität noch im Laufe des Jahres 2004 an.

Seit dem Europäischen Rat von Thessaloniki im Juni 2003 wird der SAP durch Elemente des Erweiterungsprozesses ergänzt, insbesondere durch die *Europäische Partnerschaft* und Bemühungen um gemeinsame außenpolitische Positionen.

PRSP

Am 5. Februar 2004 wurde vom Ministerrat ein umfassendes mehrjähriges Entwicklungsprogramm – die *Mid-Term Development Strategy/PRSP (2004-2007)* – verabschiedet.

Dem *Poverty Reduction Strategy Paper* zufolge leben 19,5% der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze von EUR 1.125 p.a., weitere 30% hart an dieser Grenze. Hauptstoßrichtung des PRSP ist die Stärkung des Privatsektors insbesondere durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für lokale und ausländische Investitionen durch die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums, die Angleichung an EU-Standards und die Abschaffung bürokratischer Hindernisse. Weitere Ziele sind die Stärkung des Finanzsektors, intensivierte Privatisierungs- und Antikorruptionsbemühungen, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und die Förderung des Außenhandels.

Besondere Aufmerksamkeit widmet das PRSP den Systemen der sozialen Wohlfahrt, insbesondere der Pensionsproblematik, dem Bildungssektor (Orientierung an der Bologna- und der Lissabonerklärung) und dem Gesundheitsbereich; weiters der Land- und Forstwirtschaft, dem Wasserbereich (*River-Basin-Ansatz*) und dem Umweltbereich (Orientierung am National Environmental Action Plan). Neben der Modernisierung der Transport- und Telekommunikationsinfrastrukturen setzt das PRSP auf Potentiale in den Industriesektoren Holz, Textil, Leder, Metall und Nahrungsmittel sowie Energie, Tourismus und Informationstechnologien.

Die Erarbeitung des PRSP war ein wichtiger Prozess Richtung gemeinsamer Strategieentwicklung für Bosnien und Herzegowina. Den Haupt-

rahmen für die weitere Entwicklung wird aber – wie im Dokument selbst dargelegt – zweifelsohne der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess sein. Inhaltlich mangelt es dem Dokument an Prioritätensetzung und realistischen Szenarien der finanziellen Umsetzbarkeit.

II. Bisherige österreichische Kooperation

1992 - 1995

In den Jahren 1992 bis 1995 unterstützte Österreich Bosnien und Herzegowina mit umfangreichen Programmen insbesondere im Bereich der Humanitären Hilfe. Zusätzlich zu den Geldern der Bundesregierung und der österreichischen Bundesländer wurden im Rahmen der groß angelegten Spendenaktion „Nachbar in Not“ auch umfangreiche private Mittel für Projekte zur Verfügung gestellt.

Als größtes Aufnahmeland für Kriegsflüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina (pro Kopf gemessen an der Bevölkerung Österreichs) half Österreich darüber hinaus durch die Finanzierung von Flüchtlingsbetreuungsprogrammen inkl. Stipendienaktionen in Österreich und eine im internationalen Vergleich sehr liberale und aktive Integrationspolitik.

1996 - 2004

Die Mittel der Österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (OEZA) stellen den Kern der gestaltbaren bilateralen Unterstützung Österreichs dar. Anfang 1996 lancierte die OEZA ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm als Teil des von der Weltbank und Europäischen Kommission koordinierten 5-jährigen Wiederaufbauprogramms für Bosnien und Herzegowina. Der österreichische Beitrag in Höhe von 36,34 MEURO konnte aufgrund effizienter Abwicklungsstrukturen besonders rasch vor Ort umgesetzt werden. Drastische Budgetkürzungen reduzierten den Betrag der OEZA seit 2001 auf ca. 1 MEURO pro Jahr.

Kernanliegen der OEZA war von Beginn an der Wiederaufbau der multiethnischen Gesellschaft Bosnien und Herzegowinas. Dementsprechend wurde Zentralbosnien als ethnisch am meisten gemischte Region zum geographischen Schwerpunkt gewählt und unterstützte Österreich als einziges Land bereits ab Beginn 1996 die Minderheitenrückkehr. Inhaltliche Schwerpunkte waren neben der Flüchtlingsrückkehr die Bereiche Wasser, Höhere Bildung und KMU-Förderung. Zuletzt wurden die langjährigen Partnerschaften mit zahlreichen Gemeinden sowie den Universitäten in Bosnien und Herzegowina durch neue Kooperationen mit bosnisch-herzegowinischen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) ergänzt.

Zusätzlich finanziert Österreich regionale Programme, die die Vernetzung und Kooperation Bosnien und Herzegowinas mit den anderen Ländern der Region fördern. Seit dem Jahr 1999 existiert dafür mit dem Stabilitätspakt für Südosteuropa ein regionales Gesamtkonzept zur dauerhaften Stabilisierung und Befriedung der Region.

Das österreichische Engagement in Bosnien und Herzegowina beinhaltet weiters die Teilnahme an der internationalen Militärpräsenz und an der europäischen Polizeimission sowie die Mitarbeit im OHR und anderen internationalen Organisationen. Von 1999 bis 2002 war der österreichische Spitzendiplomat Dr. Wolfgang Petritsch Hoher Repräsentant der Internationalen Gemeinschaft für Bosnien und Herzegowina.

III. Herausforderungen

<i>Mangelnde Staatlichkeit</i>	Dem Gesamtstaat von Bosnien und Herzegowina fehlt es in vielen wichtigen Bereichen noch immer an realen Befugnissen und Durchsetzungsmöglichkeiten, die bei den weitgehend autonomen Entitäten, den Kantonen der Föderation sowie dem Distrikt Brcko liegen. Auf allen diesen Ebenen gibt es Regierungen, Ministerien und Parlamente mit häufig konkurrierenden Kompetenzen und schwachen Kapazitäten. Trotz der Debatten zur Neugestaltung der Staatsstruktur („Dayton II“) und gesetzlicher Maßnahmen zur Stärkung der Zentralregierung gehen Fortschritte zur Stärkung der staatlichen Strukturen nur langsam voran.
<i>Fehlende Identifikation mit dem Gesamtstaat</i>	Da durch Dayton teilweise ethnische und religiöse Grenzen politisch und geografisch zementiert wurden und das System den drei ethnischen Gruppen nur wenig Zusammenarbeit abverlangt, identifizieren sich auch neun Jahre nach Dayton nur Wenige mit dem Staat Bosnien und Herzegowina, der weiterhin starken Zentrifugalkräften ausgesetzt ist. .
<i>Nationalismus noch nicht ausgedient</i>	Der Nationalismus als Instrument der Machtpolitik hat daher noch nicht ausgedient, da es den beharrenden oder zersetzenden Kräften im Land nach wie vor nützt, das Misstrauen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu schüren. Viele Anzeichen stimmen dennoch optimistisch, dass der ethnische Nationalismus überwunden und die jahrhundertlange Tradition der Toleranz langfristig wieder zu einer Stärke Bosnien und Herzegowinas werden könnte.
<i>Überbürokratisierung</i>	Die durch die komplizierten staatlichen Strukturen vorgegebene Überbürokratisierung verhindert nicht nur die effiziente Umsetzung von Reformen sondern ist für einen Staat in der Größe von Bosnien und Herzegowina auch finanziell nicht leistbar. Die Verwaltungen auf Staats-, Entitäts-, Kantons- und Gemeindeebene leiden weiters unter der mangelhaften Ausbildung und Bezahlung ihrer MitarbeiterInnen, der schlechten Ausstattung sowie an Intransparenz und Korruption.
<i>Schwierigkeiten beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie</i>	<p>Fehlende demokratische und rechtsstaatliche Tradition und der Krieg, der den gesellschaftlichen Transformationsprozess um Jahre verzögert hat, erschweren den Aufbau eines funktionierenden rechtsstaatlichen demokratischen Systems. Gerade im Bereich der Sicherung des Legalitätsprinzips durch Justiz, Exekutive und Verwaltung gibt es nach wie vor Schwierigkeiten und die Bevölkerung sieht sich dem Staatsapparat oft mit Ohnmacht gegenüber stehen. Menschenrechtsprobleme gibt es vor allem in Hinblick auf Minderheitenrechte und Menschenhandel.</p> <p>Hinzu kommt die aus Kriegszeiten herrührende Verquickung zumeist nationalistischer politischer Cliques mit organisierten kriminellen Strukturen: Diese Kräfte haben großes Interesse an einer Erhaltung des Status Quo, durchsetzen öffentliche Einrichtungen ebenso wie die Privatwirtschaft und verursachen eine fortgesetzte Diskriminierung, Einschüchterung und Desillusionierung der Bürgerinnen und Bürger von Bosnien und Herzegowina. Damit einher geht etwa auch die mangelhafte Kooperation mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal insbesondere seitens der serbischen Entität.</p> <p>Korruption, organisiertes Verbrechen und die mangelhafte Kooperation mit der Behörden mit Den Haag sind auch bedeutende Hemmschuhe auf dem Weg zur europäischen Integration.</p>
<i>Wirtschaftliche Stagnation</i>	Trotz ausgeprägter Stärken wie einem guten Ausbildungsstand, einer stabilen makroökonomischen Situation und Potentialen in den Sekto-

ren Landwirtschaft, Bauwirtschaft und Energie, ist es Bosnien und Herzegowina bisher nicht gelungen, die wirtschaftliche Stagnation zu überwinden. Auch hier gehen die notwendigen Änderungen nur schleppend voran. Die Rahmenbedingungen für den erhofften Investitionsboom sind nach wie vor denkbar schlecht sind: Der Markt ist aufgrund der föderalen Fragmentierung und der uneinheitlichen Regelungswerke zersplittert; es fehlt eine einheitliche Wirtschafts-, Steuer- und Rechtspolitik. Auch Kapital und marktwirtschaftliches Know-How sind nur bedingt vorhanden. Investoren kämpfen außerdem mit der massiven illoyalen Konkurrenz der Schattenwirtschaft.

Hohe soziale Kosten

Der Transformationsprozess verschärft die durch die Kriegsfolgen ohnehin prekäre soziale Situation. Vor allem die bereits erfolgten, aber größtenteils noch anstehenden Privatisierungen und der Niedergang der Schwerindustrie fördern die Arbeitslosigkeit, die offiziell bei etwa 40% liegt. Auch die aufgeblähte öffentliche Verwaltung ist Forderungen nach Strukturreform und Personalabbau ausgesetzt. Durch die stagnierende Wirtschaft und die hohe Schattenwirtschaft fehlt es den Systemen der sozialen Sicherheit, die zusätzlich durch die Zahlungen an Kriegsveteranen belastet sind, an entsprechenden Mitteln. Überdies erschweren unklare Kompetenzverteilungen, die starke Dezentralisierung und die mangelnde Kooperation zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen die Schaffung funktionierender Sozialsysteme.

Instabilität der Region

Die mangelnde Stabilität anderer Staaten in der Region - die ungeklärte Zukunft des Kosovo, die secessionistischen Bestrebungen in Montenegro, die heikle Lage in Mazedonien und die unsicheren politischen Verhältnisse in Serbien - wirkt sich naturgemäß zum Teil hemmend auf die politischen Entwicklungen in Bosnien und Herzegowina aus.

Brain Drain

Angesichts der enormen Vielfalt der Probleme dominiert in Bosnien und Herzegowina in weiten Kreisen der Bevölkerung ein Gefühl von Perspektivlosigkeit. Eine Folge ist der auch 9 Jahre nach Kriegsende weiter anhaltende *Brain Drain*, der vor allem die junge Generation umfasst. Auf lange Sicht gesehen könnte die bosnisch-herzegowinische Diaspora jedoch durchaus auch ein Potenzial für Bosnien und Herzegowina darstellen - allerdings nur, wenn das dort erworbene Know-How und Kapital teilweise wieder ins Land zurück fließen. Dies ist derzeit jedoch noch kaum der Fall.

Europäische Integration

Den wichtigsten mobilisierenden Faktor in Bosnien und Herzegowina stellt zweifellos die Perspektive der vollen EU-Integration dar. Viele Bürger und Bürgerinnen begreifen die schrittweise Annäherung an die EU als *die* Chance, die zahlreichen Probleme des Landes zu lösen. Gleichzeitig ist der Integrationsprozess eine Herausforderung, der das Land aufgrund seiner heterogenen Struktur, vor allem der fehlenden effektiven zentralen Staatsgewalt, nur bedingt gewachsen ist. Die Gefahr der Perspektive namens Europa liegt darin, dass man sich nur Wohlstand verspricht, die notwendigen Anpassungen aber gerne ausblendet.

IV. Ziele

IV.1. Programmziel

Die OEZA unterstützt die individuelle und gesellschaftliche Entfaltung der Menschen in Bosnien und Herzegowina durch die Schaffung eines funktionierenden Gemeinwesens und die Förderung wirtschaftlicher Prosperität in einem starken Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina.

IV.2. Strategie

Stärkung der mobilisierenden Kräfte:

Jugend und UnternehmerInnen

Bei der Umsetzung des Programmziels setzt die OEZA auf eine Stärkung jener Kräfte in Bosnien und Herzegowina, die den größtmöglichen Beitrag zur Integration des Staates Bosnien und Herzegowina und zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung leisten können. Damit sind insbesondere jene Bevölkerungsgruppen oder Prozesse in der Gesellschaft gemeint, die anders als die beharrenden oder zentrifugalen Kräfte an einer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erneuerung des Landes in besonderem Maße interessiert sind.

Aus Sicht der OEZA sind dies insbesondere die junge Generation und der Privatsektor. Die Jugend ist die Zukunft des Landes und der natürliche Träger der Modernisierung der Gesellschaft. Die private Sektor ist der treibende Motor für wirtschaftliche Erneuerung und die Schaffung von Wohlstand. Bosnisch-Herzegowinische UnternehmerInnen beweisen durch ihre Investitionen Vertrauen in die Zukunft ihres Landes. Die Wirtschaft ist somit auch im politischen Sinn ein mobilisierender Faktor.

Nutzung des Potenzials:

Durch die Nutzung der bestehenden Verbindungen zwischen Österreich und Bosnien und Herzegowina bei der Umsetzung des Programmziels kann die OEZA zur Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beitragen. Gleichzeitig wird damit ein ganz konkreter praktischer Beitrag zur weiteren europäischen Integration Bosnien und Herzegowinas geleistet.

Österreichischer Privatsektor

Die OEZA strebt die bestmögliche Nutzung des Potenzials der österreichischen Privatwirtschaft an, die an Investitionen in BiH interessiert ist. Dieses Interesse ermöglicht es, OEZA-Mittel potenziell als Katalysator für Direktinvestitionen einzusetzen und damit deren Wirkung zu erhöhen.

Bosnisch-Herzegowinische Diaspora in Österreich

Auch das Potenzial der bosnisch-herzegowinischen Diaspora in Österreich soll bestmöglich zur Umsetzung des Programmziels genutzt werden. Durch die Einbindung der in Österreich lebenden Bosnier und Bosnierinnen soll die Qualität der OEZA-Programme erhöht und in manchen Fällen vielleicht sogar zu einer Rückkehr junger Kräfte in das Land beigetragen werden.

Konzentration, Kooperation und Koordination

Eine klare Konzentration und Schwerpunktsetzung auf einige wenige Bereiche der Zusammenarbeit, die sich gegenseitig ergänzen und verstärken, soll die Wirksamkeit des österreichischen Programms optimieren. Die OEZA sucht dabei aktiv nach Kooperationen mit anderen gleichgesinnten Partnern und bringt sich bestmöglich in die bestehenden Koordinierungsmechanismen ein.

Den internationalen Rahmen stellen der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess und die *Mid-Term Development Strategy/PRSP* dar. Das

österreichische Programm ist dem Ziel der raschen vollständigen europäischen Integration Bosnien und Herzegowinas verpflichtet und folgt inhaltlich den strategischen Vorgaben des PRSP.

V. Programm der OEZA 2005 bis 2007

V.1. Geografischer Schwerpunkt

Zentral- und Nordbosnien

In geografischer Hinsicht konzentriert sich das Programm der OEZA auf Zentral- und Nordbosnien (Entwicklungspotential, multiethnisches Zusammenleben, Kriegszerstörungen, Kontinuität des Programms).

Im Bereich „Wirtschaft und Beschäftigung“ wird dadurch auch der überregionalen Schwerpunktsetzung der OEZA auf die aneinander angrenzenden Regionen Posavina (BiH), Slawonien (Kroatien) und die Vojvodina (Serbien und Montenegro) Rechnung getragen.

V.2. Thematische Schwerpunkte

V.2.1. Modernisierung des Bildungswesens

Veraltetes Bildungssystem mit großen Strukturschwächen; anhaltender Brain Drain

Für die Erreichung des Programmziels der OEZA in Bosnien und Herzegowina liegt ein Engagement im Bildungswesen nahe: Bildung leistet einen entscheidenden Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Entfaltung der Menschen. Außerdem ist ein funktionierendes Bildungssystem Voraussetzung für nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung und politische Stabilität in Bosnien und Herzegowina. Schließlich erreichen und stärken Maßnahmen im Bildungssektor eine Gruppe, die einer der Motoren für die notwendigen Veränderungsprozesse ist: die Jugend.

Auch fast zehn Jahre nach dem Ende des Krieges ist das Bildungssystem in Bosnien und Herzegowina in einem kritischen Zustand und erfüllt seine Aufgaben in vielen Bereichen nicht einmal ansatzweise. Die schweren Kriegsschäden sind nur behoben, insoweit es um den Wiederaufbau von Schulgebäuden geht, der Verlust an qualifiziertem Personal durch Vertreibung, Abwanderung und Wechsel in besser bezahlte Tätigkeiten dauert teilweise bis heute an. Wesentliche politische Kräfte in Bosnien und Herzegowina sehen Bildung nach wie vor als Werkzeug zur Aufrechterhaltung von Spannungen zwischen den Volksgruppen („Krieg mit anderen Mitteln“), anstatt die Weitergabe von Wissen, die Suche nach Wahrheit und gelebte Toleranz in den Vordergrund zu stellen. Dies führt in Verbindung mit der durch das Dayton-Friedensabkommen geschaffenen Verwaltungsstruktur, die die Kompetenz und Budgethoheit für Bildung auf 13 Gebietskörperschaften aufteilt, die sich nur unzureichend miteinander abstimmen, zu einem „Einfrieren“ der äußerst schwierigen Situation. Es gibt kein Ministerium, das befugt oder in der Lage wäre, die Zukunft des Bildungssystems für das gesamte Land strategisch zu planen und die notwendige Einbettung in die europäischen Bildungsstrukturen vorzubereiten.

Das Bildungssystem arbeitet im Wesentlichen noch immer nach den aus der früheren sozialistischen Zeit stammenden Vorgaben. Reformen wurden nicht durchgeführt, die Lehrpläne wurden bloß an die nationalistischen Vorstellungen der einzelnen Volksgruppen angepasst. Aus Angst der Volksgruppen durch Reformen die „eigene nationale Identität zu verlieren“, herrscht erheblicher Widerstand gegen jede Veränderung. Der Unterricht ist wesentlich mehr auf die Bedürfnisse und Interessen der Lehrenden abgestellt, auf die Lernenden wird viel zu wenig Bedacht genommen und für kreatives Denken ist kaum Platz. Bloßes „Aufsagen“ auswendig gelerntes Wissens ist die wichtigste

Prüfungsmethode – vom ersten Jahr der Grundschule bis zum Universitätsabschluss.

**Drei Zielsetzungen:
Arbeitsmarktrelevanz**

Die OEZA sieht einen umfassenden Bedarf zur Modernisierung des Bildungswesens in Bosnien und Herzegowina und möchte dazu einen Beitrag leisten. Die OEZA verpflichtet sich dabei drei Zielsetzungen: Vermitteltes Wissen bezieht sich auf die aktuelle Lebenswelt der Menschen. Das Bildungssystem wird in seinem Wirkungszusammenhang mit anderen wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Subsystemen wie Arbeit, Wirtschaft und Technologie gesehen. Das Programm der OEZA leistet einen Beitrag zur Modernisierung im Sinne einer verbesserten Arbeitsmarktrelevanz des Bildungswesens in Bosnien und Herzegowina. Einen besonders wichtigen Stellenwert haben daher Vorhaben, die an der Schnittstelle zwischen beiden thematischen Schwerpunkten der OEZA, Bildung sowie Wirtschaft und Beschäftigung, angesiedelt sind.

Europäisierung

Europäisierung und Internationalisierung des bosnisch-herzegowinischen Bildungswesens ist ein wichtiger Bestandteil der Modernisierungsbemühungen. Die OEZA trägt zur Umsetzung der einschlägigen europäischen Standards (*Bologna-Prozess, Lissabon-Konvention*) sowie zur Vernetzung bosnisch-herzegowinischer Institutionen mit relevanten Partnern in Österreich und in der EU bei.

Die Verwirklichung dieser Standards ist nicht bloßer Selbstzweck, sondern eine Möglichkeit, der Jugend in Bosnien und Herzegowina eine andere Perspektive als die der Emigration zu eröffnen. Die Teilnahme an Programmen wie dem Sechsten Forschungs-Rahmenprogramm oder SOKRATES ist dabei essentiell.

Demokratisierung

Lernende und ihre Bedürfnisse rücken in den Vordergrund: Innovative Lehr und Lernmethoden werden stärker im Bildungssystem verankert., partizipative Ansätze gefördert und Raum für kritisches Denken geschaffen. Damit möchte die OEZA zu einer Modernisierung im Sinne einer Demokratisierung des Bildungswesens in Bosnien und Herzegowina beitragen und der Bedeutung der Bildung beim Aufbau einer modernen, offenen und pluralistischen Zivilgesellschaft Rechnung tragen.

**Schwerpunktbereiche
und Maßnahmen:**

**Höhere Bildung und
Berufsbildung**

Die OEZA konzentriert sich bei ihrer Unterstützung für den Bildungssektor auf die Bereiche Höhere Bildung (inklusive Forschung) und Berufsbildung. Die strategische Entscheidung für die Unterstützung der Höheren Bildung beruht auf der bereits seit 1994 bestehenden engen Zusammenarbeit mit den Universitäten in Bosnien und Herzegowina, dem geringen Engagement anderer Geber und der Tatsache, dass die Unabhängigkeit der Universitäten als Institutionen es einem verhältnismäßig kleinem Geber wie Österreich leichter macht, in diesem Bereich Veränderungen zu bewirken, als im durch die Verwaltungsstruktur „eingefrorenen“ allgemeinen Schulsystem. Der Bereich Berufsbildung ist für die Arbeitsmarktrelevanz des Bildungswesens von zentraler Bedeutung.

**Universitäten als lang-
jährige Partner**

Die bewährte Zusammenarbeit mit den Universitäten in Bosnien und Herzegowina wird fortgesetzt: Unterstützung bei der Entwicklung moderner Lehrveranstaltungen sowie Lehr- und Lernmethoden, das Nutzbarmachen des Potentials ausgewanderter Akademiker aus dem ex-jugoslawischen Raum für die Universitäten in Bosnien und Herzegowina („*Brain Gain Programm*“), die Unterstützung der Universitäten im Bereich e-learning. Inhaltlich wird das bisherige Programm Richtung Fokussierung auf das Zusammenwirken von Bildung und Arbeitsmarkt weiter entwickelt werden.

Zusätzlich wird der Zugang bosnisch-herzegowinischer Universitäten zu europäischen Forschungsförderungsmitteln im Rahmen des 6. Forschungsrahmenprogramms der EU durch Einrichtung eines „National

Information Point“ unterstützt. Außerdem werden im Rahmen des Schwerpunkts „Wirtschaft und Beschäftigung“ die Universitäten dabei unterstützt, wirtschaftsrelevantes Wissen zu vermitteln (Entrepreneurship Training Center an der Universität Tuzla, siehe unten).

Bei substantieller Zunahme der OEZA-Mittel für Bosnien und Herzegowina wird das Bildungssektorprogramm ausgebaut und weiterentwickelt. Gemeinsam mit den Universitäten soll die Machbarkeit weiterer Interventionen, die dringende Probleme der Universitäten aufgreifen, geprüft werden, z.B. die fehlende interne Evaluierung und Qualitätssicherung, Drop-Out-Raten von bis zu 85%, fehlende Karriereberatung für Studenten, Fehlen von Personalentwicklungs- und Ausbildungsmaßnahmen an den Universitäten, intransparente Prüfungsmethoden, Korruption. Außerdem wird die Option geprüft, im Bedarfsfall und in Abstimmung mit den einschlägig befassen internationalen Akteuren (OSZE, Europarat, Weltbank) auf der Ebene der institutionellen bzw. strukturellen Reformen tätig zu werden – etwa zur Stärkung gesamtstaatlicher Strukturen im Bildungsbereich oder zu einer Reform des Finanzierungssystems der Universitäten.

Moderne berufsbildende Wirtschaftsschulen; Modell Übungsfirma

Im Bereich der Berufsbildung wird die Modernisierung der Wirtschaftsschulen in Bosnien und Herzegowina unterstützt. Das Hauptgewicht liegt auf der Einführung der Lehrmethode „Übungsfirmen“ als Pilotprojekt an sechs berufsbildenden Wirtschaftsschulen. Das Projekt ist Teil eines regionalen Kooperationsprogramms, durch das auch die Zusammenarbeit mit anderen Wirtschaftsschulen in Südosteuropa gefördert wird. Die OEZA agiert in Bosnien und Herzegowina in enger Abstimmung mit der Arbeitsgruppe zur Reform der Berufsbildung (OSZE, Europäische Kommission). Die Schaffung der Voraussetzungen für die spätere flächendeckende Einführung dieses Modells wird von Anfang an berücksichtigt werden.

Ein Ausbau der OEZA-Budgetmittel würde die Prüfung weiterer Maßnahmen im Bereich wirtschaftsrelevanter Ausbildung ermöglichen, etwa die Förderung wirtschaftlicher Weiterbildung auf betrieblicher Ebene insbesondere im Bereich „soft skills“ durch Unterstützung möglicher Anbieter, die Modernisierung von Tourismusschulen oder die Unterstützung von lebenslangem Lernen.

V.2.2. Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung

Wirtschaftliche Situation weiterhin stagnierend

Während Bosnien und Herzegowina auf makroökonomischer Ebene in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielt hat – stabile Währung, keine Inflation, Konsolidierung des Bankensektors – sind die generellen wirtschaftlichen Aussichten weiterhin schlecht. Mangelnde Rechtssicherheit, Überbürokratisierung, Kapitalmangel, das Fehlen eines nennenswerten produktiven Sektors und einer gemeinsamen Wirtschaftsstrategie kennzeichnen die wirtschaftliche Situation. Der Zusammenbruch der regionalen – und in Bosnien und Herzegowina der nationalen – Märkte und Industrien konnte noch nicht ansatzweise wettgemacht werden; der Transformationsprozess Richtung Marktwirtschaft steht erst am Beginn. Das Ergebnis sind niedrige Wachstumsraten, ein wachsendes Außenhandelsdefizit und eine offizielle Arbeitslosenrate in Höhe von etwa 40 %. Pro-Kopf-Einkommen und volkswirtschaftlicher Output liegen auch 9 Jahre nach Beendigung des Krieges bei nur 50% des Vorkriegsstandes.

Wirtschaftliche Perspektiven führen auch zu politischer Stabilisierung

Es ist notwendig, den Menschen in Bosnien und Herzegowina eine wirkliche Perspektive im Sinne eines wirtschaftlichen Aufschwungs zu verschaffen, der der gesamten Bevölkerung zu Gute kommt. Andernfalls verhindert die anhaltende wirtschaftliche und soziale Krisensituation eine nachhaltige politische Stabilisierung des Landes.

Ziele und Erfolgsindikatoren

Ziele und Erfolgsindikatoren der OEZA sind die Erhöhung des Wirt-

toren: Erhöhung von Wirtschaftswachstum, Investitionsquote und Beschäftigungsquote

schaftswachstums, der Investitionsquote und der Beschäftigungsquote, mithin des volkswirtschaftlichen Einkommens und des individuellen Einkommens. Dazu möchte die OEZA einen konkreten Beitrag leisten. Der Stärkung des produktiven Sektors und der Schaffung von Beschäftigung wird dabei von der OEZA besonderes Augenmerk gewidmet werden.

Verbesserung des Umfelds für heimische und ausländische Investoren. Besondere Rolle des KMU-Sektors.

Wie die Jugend gehört die Privatwirtschaft als Zielgruppe zu jenen Kräften, die einen entscheidenden Beitrag zu einem erfolgreichen Transformationsprozess zu leisten imstande sind. Hauptstoßrichtungen der OEZA ist – in Entsprechung der im PRSP festgelegten Entwicklungsstrategie – die Verbesserung des Umfelds für bosnisch-herzegowinische und ausländische Investoren. Dem KMU-Sektor wird dabei eine besonders wichtige Rolle zukommen, da ausländische Direktinvestitionen in den nächsten Jahren aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen in Bosnien und Herzegowina und der kompetitiven Situation der Weltwirtschaft nur in beschränktem Maße zu erwarten sein werden.

Der Fokus wird dabei auf jene Wirtschaftsbereiche gelegt werden, in denen Bosnien und Herzegowina einen komparativen Vorteil hat, aber auch solche, in denen Österreich spezielles Know-How anzubieten hat.

Schwerpunktbereiche und Maßnahmen

Basis für die Umsetzung dieses Teilprogramms ist das OEZA-Papier „Wirtschaft und Beschäftigung für Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro“. Darin werden folgende vier mögliche Projektschienen vorgeschlagen:

- Öffentliche Institutionen als Förderer des Investitionsklimas,
- die Gemeinden als moderne Partner für Investoren,
- Klein- und Mittelbetriebe schaffen neue Arbeitsplätze,
- moderne Arbeitsmarktverwaltungen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit.

Ab der 2. Jahreshälfte 2004 wird die detaillierte Umsetzung der Strategie auf operationeller Ebene ausgearbeitet werden.

Ausgangspunkt dafür werden, wie im Strategiepapier vorgesehen, die laufenden bzw. am Beginn stehenden OEZA-Projekte im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung in Bosnien und Herzegowina sein, welche im Projektzeitraum weiter zu entwickeln sein werden:

European Fund for BiH: Kredite für KMU

Im Rahmen des EFBiH/*European Fund for Bosnia and Herzegovina* (Finanzierung durch EU, Ö, D, CH) werden Kredite an KMUs in Bosnien und Herzegowina vergeben. Die von Österreich zur Verfügung gestellten Mittel in der Höhe von 2,5 MEURO revolvingieren seit 1998. Die aktuelle Herausforderung besteht aus Sicht der OEZA nunmehr in der (Re-)Fokussierung des Fonds auf jene Segmente der Wirtschaft, die vom Markt noch ungenügend bedient werden (Produktionssektor, Start-Ups). Dazu kann auch die Weiterentwicklung der Produkte in Richtung innovativer Finanzierungsinstrumente dienlich sein. Weiters soll die Institutionalisierung des Fonds in die Wege geleitet werden.

Entrepreneurship Training Centre für UniverstitätsabsolventInnen

Im Rahmen des Projekts „*Entrepreneurship Training Centre* an der Universität Tuzla“ wird UniverstitätsabgängerInnen unternehmerisches Know-How vermittelt. Ziel ist es, die Gründung von Start-Ups als Alternative zur schwachen Nachfrage des Arbeitsmarktes zu fördern. Gleichzeitig wird die Arbeitsmarktrelevanz der akademischen Ausbildung an einer wichtigen Bildungsinstitution verbessert. Der Ansatz könnte nach einer Zwischenevaluierung auch auf andere Universtitäten in Bosnien und Herzegowina übertragen werden.

Grundbuchreform

Eine wesentliche Rahmenbedingung für erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit ist das Bestehen eines funktionierenden Grundbuchsystems.

Die OEZA fördert daher in einem gemeinsamen Projekt mit der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) und der Schwedischen Entwicklungskooperation (SIDA) die Modernisierung des bosnisch-herzegowinischen Grundbuchwesens, das vor mehr als 100 Jahren nach österreichischem Vorbild aufgebaut worden war.

Mögliche weitere Kooperationen

Weitere Projekte zur Umsetzung der OEZA-Strategie werden zu identifizieren sein. Der Ausbau bzw. die Multiplikation bewährter Ansätze sowie Komplementarität zu den laufenden Projekten werden dabei wichtige Kriterien sein. Wirtschaftspolitische Beratung, Garantiefazilitäten und die Förderung von Wirtschaftskluster könnten mögliche zusätzliche Maßnahmen sein.

Zusätzlich werden Möglichkeiten geprüft, wie Synergien zwischen entwicklungsrelevanten Maßnahmen der OEZA einerseits und Investitionsvorhaben der österreichischen Privatwirtschaft andererseits erzielt werden können. Gedacht ist an ein eigenes Programm, in dessen Rahmen solche „öffentlich-privaten Partnerschaften“ zwischen Stellen der Partnerländer, dem privaten Investor und der OEZA systematisch und transparent umgesetzt werden können.

V.2.3. Querschnittsthema: Stärkung der gemeinsamen Identität und des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina

Multiethnische Gesellschaft als Reichtum

Die multiethnische Gesellschaft ist – gerade angesichts der fortschreitenden internationalen Globalisierung und des Zusammenwachsens von Europa – nicht nur eine mögliche Quelle für Konflikte sondern auch ein Reichtum Bosnien und Herzegowinas. Die Menschen können und wollen zusammen leben – sie brauchen dafür aber staatliche Strukturen, die ihnen langfristig wirtschaftliche Perspektiven, soziale Sicherheit, politische Mitbestimmung und die Verwirklichung der Menschenrechte gewährleisten.

Ein starker Gesamtstaat als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und EU-Integration

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass das Dayton-Friedensabkommen zwar ein probates Mittel zur Beendigung des Krieges war, die strukturellen Defizite des Abkommens jedoch zu groß sind, um einen funktionierenden Staat mit langfristiger Entwicklungsperspektive zu schaffen. Die Stärkung des Gesamtstaates ist eine unabdingbare Voraussetzung für die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und damit auch für die politische Stabilität des Landes. Auch die von Regierung und Bevölkerung gleichermaßen angestrebte volle Integration in die EU-Strukturen kann nur über einen starken gemeinsamen Staat Bosnien und Herzegowinas führen

Identitätbildende Maßnahmen mobilisieren positive zukunftsgerichtete Kräfte im Land

Die schwachen staatlichen Strukturen, die nicht in der Lage sind, die anhaltende politische, wirtschaftliche und soziale Krisensituation in Bosnien und Herzegowina zu verbessern, verunmöglichen den Aufbau von Vertrauen in die Zukunft des Staates, führen zu politischer Apathie und zu einer Fortsetzung des *Brain Drain*. In dieser Situation ist es wichtig, Maßnahmen zur Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen zu fördern. Zusätzlich können identitätbildende Maßnahmen, die das Gemeinsame jenseits von religiösen oder ethnischen Zugehörigkeiten in den Vordergrund stellen, einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung der positiven zukunftsgerichteten Kräfte im Land leisten.

Mainstreaming des gesamten Programms der OEZA

Das OEZA-Programm soll daher gesamthaft an der Zielsetzung „Stärkung der gemeinsamen Identität und des Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina“ ausgerichtet werden. Dadurch wird die Schwerpunktsetzung der OEZA in Südosteuropa auf Konfliktprävention und Versöhnung im bosnisch-herzegowinischen Kontext und zukunftsorientiert formuliert spezifisch interpretiert.

Die Umsetzung dieses Anliegens erfolgt primär durch *Mainstreaming*; z.B. bei der Projektidentifikation, bei der Gestaltung des Designs der

einzelnen Projekte sowie bei der Auswahl der Kooperationsformen und der Kooperationspartner.

Konkrete Projekte

Im Einzelfall finanziert die OEZA nach Maßgabe vorhandener Mittel konkrete Aktivitäten oder Projekte auch außerhalb der beiden thematischen Schwerpunktbereiche. Dabei gelten folgende Kriterien:

- Unterstützung wichtiger gesamtstaatlicher Institutionen mit kritischem Finanzbedarf und/oder in Österreich vorhandenem relevanten Know-how,
- Kooperation mit dem Hohen Repräsentanten bzw. der Europäischen Kommission,
- Identitätsbildende Maßnahmen: Zielgruppe Gesamtbevölkerung, wesentlicher Beitrag zur Identitätsbildung auf Gesamtstaatsebene, Beitrag zu Versöhnung und Dialog.

V.3. Weitere Programme

Wasser und Umwelt

Die OEZA hat seit 1996 in zahlreichen Gemeinden Projekte zur Verbesserung der kommunalen Wasserversorgung, zur Stärkung der Kommunalbetriebe im Bereich Wasser/Abwasser/Abfall sowie zur Erhöhung des Umweltbewusstseins finanziert. In einer Abschlussphase des Programms sollen 2005 die dabei gewonnenen Erkenntnisse landesweit zugänglich gemacht werden. Gedacht ist an die Erarbeitung eines Handbuchs (*Toolkit*) über Maßnahmen zur institutionellen Stärkung und Öffentlichkeitsarbeit für Wasserwerke in Bosnien und Herzegowina sowie Informationsveranstaltungen.

Minenaktionsprogramm

Aufgrund der starken Verminung großer Flächen ist Bosnien und Herzegowina ein regionaler Schwerpunkt des „Minenaktionsprogramms“ des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten. Vorrangiger Interventionsbereich der OEZA ist die technische Entminung noch nicht gesäuberter Flächen, die eine tödliche Gefahr für Menschen darstellen und die wirtschaftliche Entwicklung (z. B. Landwirtschaft, Tourismus) hindern. Der Großteil der aus dem Minenaktionsprogramm zur Verfügung stehenden Mittel wird für Entminung eingesetzt (rd. 80%). Bei der Auswahl der Flächen wird Kohärenz mit den anderen Programmen der OEZA in Bosnien und Herzegowina sichergestellt, um durch entwicklungsorientierte Entminung einen wichtigen Mehrwert an Wirkung für die OEZA-Zielgruppen zu leisten.

Weiters wird der Aufbau der nationalen Entminungsstrukturen in Bosnien und Herzegowina unterstützt und die Betreuung von Minenopfern verbessert. Dabei sollen - im Einklang mit der jüngst erlassenen nationalen Strategie für Entminung und Minenopferhilfe - in erster Linie lokale Institutionen unterstützt und besonders auf die Nachhaltigkeit der Interventionen geachtet werden.

Regionale Kooperation

Zusätzlich zum Landesprogramm finanziert die OEZA – insbesondere im Rahmen des Stabilitätspakts – eine regionale Budgetlinie für Südosteuropa. Die Förderung regionaler Kooperationsansätze zielt auf die nachhaltige Befriedung, die wirtschaftliche Stärkung und die Integration der gesamten Region in die europäischen Strukturen ab. Projektbeispiele dafür sind der Investment Compact, ERISSE (Task Force Education and Youth) und die Balkan Case Challenge, ein Fallstudien-Wettbewerb für Studentinnen und Studenten aus ganz Südosteuropa.

Zunehmend sollen im Programmzeitraum auch regional ausgerichtete Kooperationen mit internationalen Finanzinstitutionen zur Stärkung des Privatsektors geprüft werden. Ein Beispiel für eine bereits laufende Kooperation ist die *Environmental Opportunities Facility* der *International Finance Corporation*, ein Fonds zur Unterstützung innovativer Umwelttechnologien mittels privatwirtschaftlicher Lösungen.

Auch länderübergreifende Projekte in Grenzregionen, etwa im Bereich der Infrastruktur, könnten bei einem Anstieg der Budgetmittel geprüft werden.

Know How Transfer Center

Die Förderung von kleineren Verwaltungskooperationen zwischen österreichischen und bosnisch-herzegowinischen Stellen auf kommunaler Ebene (Bürgermeisteraustausch, Besuch kommunaler Einrichtungen etc.) ist das Ziel der beim Österreichischen Städtebund eingerichteten Budgetlinie „Know How Transfer Center“.

NRO-Kofinanzierungen

Weiters fördert die OEZA im Rahmen einer eigenen Budgetlinie Partnerschaften zwischen österreichischen und lokalen NROs in den Bereichen Beschäftigung, Bildung, Demokratie und Menschenrechte, öffentliche Verwaltung, Soziales und Umwelt.

VI. Umsetzung

Die Umsetzung des Landesprogramms erfolgt durch die Austrian Development Agency (ADA). Diese hat zur Betreuung des Programms für Bosnien und Herzegowina ein Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit an der Österreichischen Botschaft in Sarajewo eingerichtet.

Im Regelfall werden Projekte von der OEZA gemeinsam mit lokalen Partnern identifiziert und in Kooperation oder Abstimmung mit der internationalen Gebergemeinschaft entwickelt. Partner bei der Durchführung und Finanzierung können der öffentliche und private Sektor, NRO und internationale Organisationen sein. Die Auswahl richtet sich nach den komparativen Vorteilen der Partner. Projekte werden im Regelfall ausgeschrieben, möglich ist auch ein Call for Proposals. Die Förderungen der Budgetlinien „Know How Transfer Center“ und „NRO-Kofinanzierung“ werden nach dem Antragsprinzip vergeben.

Review-Prozess

Mitte 2006 ist ein interner Midterm-Review des Programms vorgesehen. Ziel ist die Evaluierung der bis dahin erfolgten Umsetzung und die Prüfung einer allfälligen Aktualisierung der Ausrichtung des Programms.

Kontaktinfo:

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten
Sektion Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit
Mag. Ingrid Sager
Minoritenpl. 9
A-1014 Wien
Tel: +43 5 01150-4417
Fax: +43 5 01159-6417
E-mail: ingrid.sager@bmaa.gv.at

Austrian Development Agency (ADA)
Länderreferat Südosteuropa
Mag. Karin Holzer
Zelinkag. 2
A-1010 Wien
Tel: +43 1 90399-532
E-mail: karin.holzer@ada.gv.at

OEZA-Koordinationsbüro Sarajewo
Leiter Mag. Michael Weiner
Assistenz Amira Omanovic
Ulica Marsala Tita 46/2
BiH-71000 Sarajewo
Tel/Fax: +387-33/667-951
E-mail: kbs@bih.net.ba

